

DGAPanalyse

kompakt

Prof. Dr. Eberhard Sandschneider (Hrsg.)
Otto Wolff-Direktor des Forschungsinstituts der DGAP e. V.

Januar 2012 N° 1
ISSN 2191-4869

Wenn die Diplomatie scheitert – Folgen einer Atommacht Iran

von Oliver Schmidt



Deutsche Gesellschaft
für Auswärtige Politik e.V.

Wenn die Diplomatie scheitert – Folgen einer Atommacht Iran

von Oliver Schmidt

Am 23. Januar 2012 werden in Brüssel die EU-Außenminister über eine neue Sanktionsrunde gegen den Iran entscheiden. Anlass ist der seit 2003 bestehende Streit über die nuklearen Aktivitäten der Islamischen Republik. Der im November 2011 veröffentlichte jüngste Bericht der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) über die nuklearen Aktivitäten der Islamischen Republik Iran ist deutlicher ausgefallen als je zuvor. Nach den aktuellen Erkenntnissen der IAEA ist es nicht auszuschließen, dass Iran neben dem zivilen Atomprogramm auch die Forschung und Entwicklung eines militärischen Atomprogramms vorantreibt.¹ Viele Indizien sprechen dafür, dass Teheran sich zumindest die Option auf eine Nuklearwaffe sichern möchte. Die Position der deutschen Bundesregierung lautet, eine Atommacht Iran sei inakzeptabel.² Was jedoch passiert, wenn weder Sanktionen greifen noch Militärschläge eine iranische Nuklearwaffenoption verhindern oder entscheidend verzögern können? Dann müssen Europa und die USA eine Position gegenüber einer virtuellen oder einer De-facto-Atommacht Iran finden.

Ist eine diplomatische Lösung in Sicht?

Der Verdacht, die Islamische Republik würde Kernenergie auch zu militärischen Zwecken nutzen wollen, ist nicht neu, sondern besteht bereits seit Ende 2002. Damals wurde bekannt, dass Iran gegen die Auflagen der »Nuclear Safeguard Agreements« mit der IAEA verstoßen und meldepflichtige nukleare Aktivitäten gegenüber der IAEA nicht erklärt hat.³ Bislang befassen sich sechs Resolutionen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen mit den nuklearen Aktivitäten des Iran.⁴ Trotz bestehender Auflagen durch die Resolutionen, internationaler Sanktionen und mehrerer Verhandlungsangebote der EU3, später +3 (Frankreich, Großbritannien, Deutschland + USA, Russland, China) konnte mit Iran keine Einigung über ein Ende des Atomstreits erzielt werden. Vielmehr haben sich die Aussichten auf eine diplomatische Lösung seit der Veröffentlichung des letzten IAEA-Berichts durch die Stürmung der britischen Botschaft in Teheran und die Diskussion im iranischen Parlament über einen Austritt des Landes aus dem Nuklearnichtverbreitungsvertrag (NVV) deutlich verschlechtert.⁵ Während der Westen versucht, den Druck auf Iran zu erhöhen, um ihn an den Verhandlungstisch zu

zwingen, lehnen Russland und China jedoch weitere Sanktionen durch den UN Sicherheitsrat ab.⁶ Bis heute besteht die einzige geschlossene Reaktion der internationalen Staatengemeinschaft, also einschließlich aller EU3+3 Staaten, in einer Resolution des Gouverneurrats der IAEA, die deren tiefe Besorgnis zum Ausdruck bringt.⁷ Teil der Resolution ist ein Bekenntnis zu einer diplomatischen Lösung, wie sie im September 2011 von der Hohen Vertreterin der EU, Catherine Ashton, im Namen der EU3+3 skizziert wurde.⁸ Dieser Vorschlag sieht auf der Basis der bestehenden UN-Sicherheitsratsresolutionen eine beiderseitige, schrittweise Annäherung vor, um zu einer dauerhaften Lösung des Atomstreits zu gelangen. Die Position der EU3+3 beinhaltet die Aussetzung aller Anreicherungsaktivitäten und die Ausweitung der Kontrollen durch die IAEA. Gleichzeitig wird Iran aber das Recht zur friedlichen Nutzung der Kernenergie als Nichtatomwaffenstaat im NVV zugesichert. Das Ziel einer diplomatischen Lösung kann also nicht die dauerhafte Einstellung aller Anreicherungsaktivitäten im Iran sein. Vielmehr müssen die Kontrollmöglichkeiten und die Transparenz über Irans Nuklearprogramm maximiert werden, um schnellstmöglich auf Regelverletzungen reagieren zu können. Außerdem sollte eine Obergrenze für den Anreiche-

rungsgrad und für die im Land gelagerten Mengen an angereichertem Uran gefunden werden.

Aber welche Maßnahmen können begleitend noch ergriffen werden, um den Druck auf Iran zu erhöhen? In einem Vortrag bei der DGAP am 26. Oktober 2011 hat der iranische Vizewirtschaftsminister behauptet, dass Handelssanktionen Iran nicht treffen würden, sondern lediglich zum Verlust von Marktanteilen europäischer Firmen in seinem Land führen würden.⁹ Dennoch haben sich einzelne Staaten wie die USA, Kanada, Großbritannien Ende November 2011 auf eine Verschärfung der bestehenden Sanktionen verständigt.¹⁰ Am 1. Dezember 2011 zog die EU mit einer Ausweitung bestehender Sanktionen nach.¹¹ Am 23. Januar soll es den Außenministern der EU-Länder darum gehen, den Import von Öl aus Iran in die EU zu stoppen. Die Wirksamkeit dieser Maßnahme wird zwar durch Japan verstärkt, das ebenfalls angekündigt hat, seine Ölimporte aus Iran zu reduzieren. Allerdings gibt es genügend Wachstumsländer, die bereit sein könnten, zusätzliche Mengen iranischen Öls abzunehmen und damit den Nachfragerückgang aus Europa und Japan zu kompensieren. Die USA haben im Rahmen einer China-Reise ihres Finanzministers, Timothy Geithner, allerdings deutlich ihren Wunsch zum Ausdruck gebracht, dass China die Importmengen aus Iran nicht erhöht.¹²

Daneben werden die EU-Außenminister abstimmen, ob sie in der EU befindliches Vermögen der iranischen Zentralbank einfrieren und den Zahlungsverkehr mit der Zentralbank beschränken oder sogar einstellen. Dies wäre eine drastische Maßnahme, die einem Handelsboykott nahe käme. Ein Exportstopp von Benzin nach Iran wird nicht diskutiert, da eine solche Maßnahme vor allem die Zivilbevölkerung des Landes treffen würde.

Sollte sich die internationale Staatengemeinschaft nicht zu schärferen Sanktionsmaßnahmen als den bisher genannten entschließen, wird der Druck auf Iran wohl nicht ausreichen, um eine dauerhafte, diplomatische Lösung im Atomstreit zu finden. Denn gegenwärtig ist die beste Strategie für Iran, seine Politik einfach fortzusetzen und sein Atom- und Raketenprogramm als Vertragsstaat im Nichtverbreitungsvertrag (NVV) ohne offen-

sichtlichen Bruch von Artikel 2 voranzutreiben. Damit vergrößert Iran nicht nur seine technischen Optionen zum Bau einer Kernwaffe, sollte er sich dafür entscheiden. Solange Russland und China die Verschärfung der Sanktionen und die politischen Isolation des Iran nicht mittragen, sind die Kosten für die iranische Politik begrenzt. Außerdem kann die Androhung des Austritts aus dem NVV nach Artikel 10 als Druckmittel gegenüber den EU3 und den USA benutzt werden. Was für Iran bleibt, ist ein Restrisiko in Form von Sabotage und Militärschlägen.

Eine noch nicht diskutierte weitere Option, um den Druck auf Teheran erhöhen, wären Konsultationen der NATO-Staaten nach Artikel 4 des Nordatlantikvertrages, die auf diesem Wege ihrer Besorgnis über Irans Nuklearaktivitäten deutlich Nachdruck verleihen könnten.

Ist eine militärische Lösung möglich?

Ziel eines militärischen Vorgehens gegen das iranische Atomprogramm ist es, die Verhandlungsbereitschaft Irans über eine dauerhafte Lösung des Atomstreits zu verändern oder eine vollständige Zerstörung des iranischen Atomprogramms zu erreichen. Für eine solche Maßnahme kämen vornehmlich gezielte Luftschläge gegen iranische Einrichtungen in unterschiedlichen Umfang in Frage.¹³ Allerdings sind die damit verbundenen Risiken groß und müssten in der Kosten-Nutzen-Überlegung berücksichtigt werden. Die größte Gefahr geht dabei nicht von den konventionellen Streitkräften der Islamischen Republik aus, die modernen Armeen westlicher Staaten deutlich unterlegen sind – sie besteht in iranischen Fähigkeiten zur unkonventionellen, asymmetrischen Kriegsführung. Iran könnte einen Angriff gegen seine nukleare Infrastruktur mit verstärktem Terror durch seine Stellvertretergruppen im Irak, in Afghanistan und gegen Israel beantworten. Außerdem könnte Iran gezielt den Seeverkehr an einer der wichtigsten Handelsrouten des internationalen Öltransportverkehrs, der Straße von Hormus, empfindlich stören. Schließlich bliebe dem Iran auch die Option, mit konventionellen Raketen Ölanlagen und militärische Einrich-

tungen der USA auf der arabischen Seite des Golfes anzugreifen.¹⁴ In der Konsequenz müsste ein Militärschlag nicht nur Irans nukleare Infrastruktur ins Ziel nehmen, sondern auch den Iran daran hindern, mit militärischen Mitteln Vergeltung üben zu können. Dies hätte gravierende Auswirkungen auf Umfang und Dauer und Intensität militärischer Maßnahmen.

Militärische Optionen bieten, abgesehen von den damit verbundenen Vergeltungsrisiken, keine dauerhafte politische Lösung im Streit um die nuklearen Ambitionen der Islamischen Republik, sie können lediglich das Programm zurückwerfen und verzögern. Dies ist aber auch bereits mit Sabotage, in Form von Cyber-Angriffen und gezielten Tötungen von Nuklearwissenschaftlern gelungen.¹⁵

und in der Entwicklung befindlichen, ballistischen Raketen könnten als Trägersysteme für nukleare Gefechtsköpfe dienen.¹⁹ Zum Start der Systeme dienen zum Teil mobile Startrampen und seit neuestem auch erste Raketensilos.²⁰ Iran ist Dank ausländischer Hilfe inzwischen in der Lage, selbstständig mehrstufige, feststoffgetriebene ballistische Raketen zu fertigen.²¹ Nach den Untersuchungen des International Institute for Strategic Studies (IISS) legt Iran bei der Entwicklung dieser Systeme Wert darauf, dass sie über ein angemessen großes Ladevolumen in Bezug auf Größe und Gewicht für einen potenziellen nuklearen Sprengkopf haben.²² Bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt liegen Israel und Teile der EU sowie des NATO-Bündnisgebietes in Reichweite der iranischen Trägersysteme.

Übersicht über ballistische Raketen des Iran als potenzielle Trägersysteme für Kernwaffen²³

Name	Reichweite/Nutzlast	Typ	Status
Shahab-3 und Varianten	800-1000 km/700–1000 kg	Flüssigtreibstoff	25–100 Systeme einsatzbereit
Ghadr-1	1600 km/750 kg	Flüssigtreibstoff	Entwicklungs- und Testphase
Sajjil-2	2000–2400 km/750 kg	Zweistufig, feststoffgetrieben	Entwicklungs- und Testphase

Der Stand des iranischen Atom- und Raketenprogramms

Sollten diplomatische Mittel erschöpft, militärische aus oben genannten Gründen nicht einsetzbar sein und sollte Teheran über alle Technologien und Materialien zum Bau von Kernwaffen verfügen, dann wäre Iran eine virtuelle Atommacht.¹⁶ Gegenwärtig verfügt Iran bereits über den Ausgangsstoff für zwei bis vier nukleare Sprengköpfe.¹⁷ Etwa 5000 kg schwach angereichertes Uran konnte das Land bereits in seiner Anreicherungsanlage in Natanz herstellen. Darüber hinaus erweitert Iran seine AnreicherungsKapazitäten durch den Bau einer weiteren Anreicherungsanlage in Fordow und der Einführung eines neuen Zentrifugendesigns.¹⁸ Der aktuelle IAEA-Report berichtet außerdem auch von Tests, die für den Bau eines Zündmechanismus für Kernwaffen genutzt werden können.

Ein weiteres Indiz für Irans militärische Absichten ist das ehrgeizige Raketenprogramm des Landes. Einige der bereits in die Streitkräfte eingeführten

Laut Schätzungen bräuchte Iran zwischen einem halben bis zu zwei Jahren, um eine erste Kernwaffe fertig zu stellen, wobei es zwei entscheidende unbekannte Faktoren gibt: Erstens ist bis heute ungewiss, ob Iran überhaupt eine Entscheidung für den Bau einer Bombe gefällt hat. US-Geheimdienste gingen 2007 davon aus, dass ein solcher Beschluss im Jahr 2003 ausgesetzt worden ist.²⁴ Aktuelle Berichte über die gegenwärtige nachrichtendienstliche Einschätzung zeigen keine Änderungen.²⁵ Zweitens vermutet man nur, dass Iran genaue Kenntnisse über den Bau eines nuklearen Sprengkopfes hat. Die Entwicklung eines zuverlässigen Gefechtskopfs in den von Irans Trägersystemen vorgegebenen Größen- und Gewichtsgrenzen sind aber eine zentrale technische Herausforderung, deren Bewältigung viel Zeit in Anspruch nehmen kann.

Was wären die Konsequenzen einer Atommacht Iran?

Sollte das iranische Atom- und Raketenprogramm weiter voranschreiten, läge es einzig im Ermessen

Teherans, ob und wann der letzte Schritt zum Bau einer Bombe ausgeführt wird. Iran könnte dann jederzeit den Entschluss fassen, den NVV aufzukündigen, um sich den Auflagen und Kontrollen der IAEA zu entziehen und gegebenenfalls einen Atomtest durchführen.²⁶ Im Besitz von Kernwaffen könnte Iran seine regionale Machtstellung ausbauen und sich effektiv vor Einmischung von außen schützen. Bemerkenswert ist dabei, dass die iranische Bevölkerung keineswegs ungeteilt hinter einem militärischen Nuklearprogramm steht: Laut einer aktuellen RAND-Studie befürworten zwar 87 Prozent der iranischen Bevölkerung die Nutzung der zivilen Kerntechnik. Eine militärische Nutzung wird aber von 46 Prozent abgelehnt und von nur 43 Prozent befürwortet.²⁷

Würde Iran sich zur Atommacht erklären oder sogar einen Test durchführen, stünde das einzige gegenwärtige bestehende Vertragsregime zur Nuklearnichtverbreitung vor der Bedeutungslosigkeit. Neben Nordkorea hätte ein weiterer Mitgliedstaat das Vertragswerk gebrochen und sich Atomwaffen beschafft. Die Autorität des UN-Sicherheitsrats wäre durch einen solchen Fortschritt des iranischen Atomprogramms ebenso geschwächt. Das oberste Gremium der UN hat mehrfach die Kooperation des Iran mit der IAEA eingefordert sowie die Einstellung der Urananreicherung verlangt – bisher ohne Erfolg.

Getrieben von den arabisch-persischen Spannungen in der Golf-Region und der Konkurrenz um die regionale Vorherrschaft würde die Entstehung einer virtuellen oder einer De-facto-Atommacht Iran die sicherheitspolitische Dynamik der Region erneut verschärfen. Bereits jetzt kommt es unter den arabischen Staaten der Golf-Region zu einer konventionellen Aufrüstung und zu verstärkter Kooperation mit den USA und unter den Mitgliedsländern der »Persian Shield Forces«.²⁸ Ob die Sorge um eine nukleare Kaskade in der Golf-Region begründet ist, bleibt zweifelhaft. Schließlich wären die politischen Kosten für nukleare Proliferation enorm und die zeitnahe Entwicklung eines nuklearen Gegengewichts scheint auf Grund der technischen Herausforderungen für die Staaten der Region unmöglich. Denkbar wäre hingegen, dass die USA die Präsenz von eigenen Nuklearwaffen in

der Region bestätigen, um so ihren Beistand gegenüber den regionalen Verbündeten zu bekräftigen. Außerdem nennenswert sind die Spekulationen um einen saudisch-pakistanischen Nuklearpakt. Demnach könnte Pakistan als Gegenleistung für saudische Investitionen und im Falle einer Bedrohung Saudi-Arabiens entweder Atomwaffen liefern oder seinen nuklearen Schirm über das Land ausbreiten.²⁹

Israel hat bisher alle nuklearen Ambitionen seiner Nachbarländer durch Militärschläge gestoppt.³⁰ Ob dies im Falle Iran überhaupt möglich ist, bleibt fraglich. Zu umfangreich scheinen die militärischen Anforderungen an eine solche Mission für einen Alleingang. Israel könnte also auf Sabotage setzen oder auf den Ausbau seiner nuklearen Zweitschlagskapazitäten unter der Annahme, es ließe sich ein stabiles Machtgleichgewicht mit einer rational handelnden Atommacht Iran finden.

Entwickelt sich der Iran zur Atommacht, wäre die aktuelle Iranpolitik der USA gescheitert.³¹ Sie sähe sich neuen Risiken ausgesetzt: Iran könnte im Krisenfall mit Schlägen gegen Europa, militärische Einrichtungen der USA oder gegen Verbündete in der Region drohen. Trotz aller Maßnahmen zum Aufbau einer territorialen Raketenabwehr scheint es unwahrscheinlich, dass ein iranisches Atomarsenal seine abschreckende Wirkung verfehlt. In Konsequenz müssten die USA ebenso wie Israel versuchen, ein stabiles Gleichgewicht herzustellen. Dabei würde den verbliebenen taktischen Atomwaffen der USA in Europa eine neue bündnispolitische Bedeutung zukommen, die einen Abzug erschwert. Obwohl die NATO militärisch nicht auf diese Waffensysteme zur Abschreckung einer Atommacht Iran angewiesen wären, könnten die substrategischen Waffen als politisches Symbol des US-Beistands in Europa verbleiben.

Welche langfristigen Optionen haben Europa und die USA?

Neun Jahre, nachdem erste Zweifel an den zivilen Absichten des iranischen Atomprogramms aufgetaucht waren, ist es Zeit, nicht mehr nur darüber nachzudenken, wie man Iran an der Entwicklung

einer Kernwaffenoption hindert, sondern auch, wie mit dem Land umzugehen ist, wenn dieser Versuch scheitert. Bis dato sind die diplomatischen Bemühungen der EU3+3 nicht ausreichend, Iran zu offenen Gesprächen mit den EU3+3 zu bewegen. Militärische Optionen sind auf Grund der verbundenen Risiken auch kein geeignetes Mittel, eine langfristige Lösung zu erzielen.

Je weiter das iranische Atomprogramm voranschreitet, desto schlechter ist die Verhandlungsposition des Westens. Sicher ist, dass die Verletzung der IAEA-«Safeguards», die Nichtbefolgung der Beschlüsse des UN-Sicherheitsrats und die Gefährdung des Nichtverbreitungsregimes in einer Weise beantwortet werden müssen, die wenig Anreize für Nachahmer setzt und die Autorität der Institutionen bewahrt. Außerdem gilt es, einer wie auch immer gearteten Atommacht Iran klare Grenzen aufzuzeigen, deren Überschreitung glaubhaft sanktioniert wird. Ziel einer solchen Politik der Eindämmung muss es sein, Iran zu einer risikoaversen Politik zu zwingen, weitere nukleare Proliferation in der Region zu vermeiden und durch regionale Bündnisse ein stabiles Gleichgewicht am Golf herzustellen.³²

Unter der Annahme, dass Iran ein rationaler Akteur sei, dessen primäres Interesse der Regimeerhalt ist, lässt sich ein solches Gleichgewicht auch mit Israel herstellen. Allerdings ist dies mit Risiken verbunden. Solange Iran nur ein kleines nukleares Arsenal und keine gesicherte Zweitschlagsfähigkeit hat und darüber hinaus die Vorwarnzeiten gering sind, besteht die Gefahr, dass in einer Krisensituation der Anreiz entsteht, zuerst zu eskalieren; denn sonst müsste Iran fürchten, durch einen gegnerischen Erstschlag entwaffnet zu werden.

Für die NATO-Staaten und die EU wäre eine Atommacht Iran ein militärisches Risiko, dem man im Rahmen der Sicherheitsplanung begegnen müsste. Dabei stellt sich die Frage, von welchen Handlungen sie Iran abschrecken wollen und welche Instrumente für eine glaubwürdige Abschreckung geeignet sind.³³ Gilt es allgemein, eine iranische Einschüchterungspolitik gegenüber seinen Nachbarstaaten zu verhindern oder sich auf die Abschreckung offensiver militärischer Operationen des Iran zu konzentrieren? Je nach Anspruch erwachsen daraus unterschiedliche Konsequenzen für das Abschreckungspotenzial Europas und der USA. Könnten zum Beispiel die substrategischen Atomwaffen der USA aus Europa abgezogen werden oder braucht man sie als Zeichen für den transatlantischen Zusammenhalt? Ist es überhaupt glaubwürdig, dass die NATO mit dem Einsatz von Kernwaffen droht? Welche Wirkung kann eine territoriale Raketenabwehr der NATO auf das Risikokalkül Teherans haben? Darüber hinaus muss auch darüber nachgedacht werden, wie durch gezielte Rüstungsexporte das regionale Gleichgewicht beeinflusst werden kann.

In einem zweiten Schritt könnte parallel zu einer Eindämmungspolitik versucht werden, durch eine Entspannungs- und Annäherungspolitik eine stabile politische Lösung für die Region zu erarbeiten und so eine Perspektive für eine massenvernichtungsfreie Zone Nahost und den Erhalt des NVV-Regimes zu bewahren. Hier könnte sich Deutschland mit seinen Erfahrungen im Bereich der vertrauensbildenden Maßnahmen und Instrumente der Rüstungskontrolle einbringen.

Oliver Schmidt, Programmmitarbeiter
USA/Transatlantische Beziehungen,
Forschungsinstitut der DGAP.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Implementation of the NPT Safeguards Agreement and relevant provisions of Security Council resolutions in the Islamic Republic of Iran. Report by the Director General, GOV/2011/65, 8.11.2011, <<http://www.iaea.org/Publications/Documents/Board/2011/gov2011-65.pdf>>.
- 2 Vgl. die Rede von Bundeskanzlerin Merkel vor dem Kongress der Vereinigten Staaten von Amerika, Washington, DC, 3.11.2009, <http://www.bundeskanzlerin.de/nm_683608/Content/DE/Rede/2009/11/2009-11-03-rede-merkel-usa.html>; Rede von Bundeskanzlerin Merkel vor der Knesset, Jerusalem, 18.3.2008, <http://www.bundesregierung.de/nm_774/Content/DE/Bulletin/2008/03/26-1-bk-knesset.html>.
- 3 Vgl. Michael Klemm: Die Untersuchungen der IAEA zum iranischen Atomprogramm – Wie Iran sich drückt und windet (SWP Arbeitspapiere 2), Berlin, Januar 2007.
- 4 Vgl. UNSCR: 1696 (2006), 1737 (2006), 1747 (2007), 1803 (2008), 1835 (2008), 1929 (2010),
- 5 Vgl. **International Institute of Strategic Studies (IISS)**, IAEA report: death knell of Iran diplomacy? (IISS Strategic Comment), November 2011, <<http://www.iiiss.org/publications/strategic-comments/past-issues/volume-17-2011/november/iaea-report-death-knell-of-iran-diplomacy/>>.
- 6 Vgl. Scharfe Sanktionen gegen Iran, in: faz.net, 21.11.2011, <<http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/atomstreit-scharfe-sanktionen-gegen-iran-11536770.html>>; China hält Sanktionen gegen Iran für nicht zielführend, in: NZZ Online, 11.11.2011, <http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/china_haelt_sanktionen_gegen_iran_fuer_nicht_zielfuehrend_1.13288186.html>.
- 7 Vgl. Implementation of the NPT safeguards agreement and relevant provisions of United Nations Security Council resolutions in the Islamic Republic of Iran, Resolution adopted by the Board of Governors on 18 November 2011, GOV/2011/69, <<http://www.iaea.org/Publications/Documents/Board/2011/gov2011-69.pdf>>.
- 8 Vgl. Statement on Iran by EU High Representative Catherine Ashton on behalf of the E3/EU+3, Brüssel, 21.9.2011, <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/124694.pdf>.
- 9 Vgl. Vortrag des iranischen Vize-Wirtschaftsministers Mohammad Reza Farzin vor der DGAP, 26.10.2011, <<https://dgap.org/de/node/19501>>.
- 10 Vgl. Scharfe Sanktionen gegen Iran, a. a. O. (Anm. 6).
- 11 Vgl. EU beschließt weitere Sanktionen gegen den Iran, tagesschau.de, 1.12.2011, <<http://www.tagesschau.de/ausland/iran1450.html>>; Council of the European Union, Council conclusions on Iran, 3130th FOREIGN AFFAIRS Council meeting, Brüssel, 1.12.2011, <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/press-data/EN/foraff/126493.pdf>.
- 12 Vgl. Geithner Prods China, Japan on Iran Oil Imports, in: Wall Street Journal online, 12.1.2012, <<http://online.wsj.com/article/SB10001424052970204257504577154110231080208.html>>.
- 13 Vgl. Anthony H. Cordesman, Adam Seitz: Strategic and Warfighting Implications of a Nuclear Armed Iran (Center for Strategic and International Studies – CSIS), Washington, DC, 22.1.2009, S. 24 ff., <http://csis.org/files/media/csis/pubs/090121_iranwmdstrategy.pdf>.
- 14 Vgl. Cordesman, ebd.
- 15 Vgl. David Albright, Paul Brannan, and Christina Walrond, Did Stuxnet Take Out 1,000 Centrifuges at the Natanz Enrichment Plant? Preliminary Assessment (Institute for Science and International Security, ISIS Reports), Washington, DC, 22.12.2010, <<http://isis-online.org/isis-reports/detail/did-stuxnet-take-out-1000-centrifuges-at-the-natanz-enrichment-plant/>>.
- 16 Zu diesem Themenkomplex vgl. Jacques E.C. Hymans, When Does a State Become a “Nuclear Weapon State”? – An Exercise in Measurement Validation, in: Nonproliferation Review, März 2010, S. 176; Michael J. Mazarr (Hrsg.), Nuclear Weapons in a transformed world—the Challenge of Virtual Nuclear Arsenals, New York, NY, 1997, S. 5.
- 17 Vgl. **IISS, Iran’s Nuclear, Chemical and Biological Capabilities – A Net Assessment**, London 2010.
- 18 Vgl. Peter Crail, Iran Raising Uranium-Enrichment Level (Arms Control Association), Washington, DC, 11.10.2011, <http://www.armscontrol.org/act/2010_03/IranEnrichment>; Ivanka Barzashka: Using Enrichment Capacity to Estimate Iran’s Breakout Potential (Federation of American Scientists, FAS Issue Brief), Washington, DC, 21.1.2011, p. 16, <http://www.fas.org/pubs/_docs/IssueBrief_Jan2011_Iran.pdf>. Für den Bau einer Atomwaffe werden ca. 25 kg Uran bei einem Anreicherungsgrad von ca. 90% benötigt.
- 19 Vgl. **IISS, Iran’s Ballistic Missile Capabilities – A Net Assessment**, London 2011.
- 20 Vgl. op.cit.
- 21 Vgl. op.cit.
- 22 Vgl. op.cit.
- 23 Vgl. op.cit.
- 24 Vgl. National Intelligence Council, National Intelligence Estimate—Iran: Nuclear Intentions and Capabilities, November 2007, <http://www.dni.gov/press_releases/20071203_release.pdf>.
- 25 Vgl. **IISS, IAEA report: death knell of Iran diplomacy?** (IISS Strategic Comment 45), November 2011, <<http://www.iiiss.org/publications/strategic-comments/past-issues/volume-17-2011/november/iaea-report-death-knell-of-iran-diplomacy/>>.
- 26 Zur Debatte über die Konsequenzen einer Atommacht Iran vgl. Lynn E. Davis, Jeffrey Martini, Alireza

- Nader, Dalia Dassa Kaye, James T. Quinlivan, Paul Steinberg, *Iran's Nuclear Future—Critical U.S. Policy Choices* (RAND), Santa Monica, CA, 2011; Mitchell B. Reiss, *A Nuclear-Armed Iran – Possible Security and Diplomatic Implications* (Council on Foreign Relations), New York, NY, Juni 2010, <<http://www.cfr.org/iran/nuclear-armed-iran/p22296>>; Michael A. Levi, *Limiting Iranian Nuclear Activities—Options and Consequences* (Working paper, Council on Foreign Relations), Februar 2011, New York, NY, <<http://www.cfr.org/iran/limiting-iranian-nuclear-activities-options-consequences/p24147>>.
- 27 Vgl. Sara Beth Elson, Alireza Nader: *What Do Iranians Think? A Survey of Attitudes on the United States, the Nuclear Program, and the Economy* (RAND), Santa Monica, CA, 2011, S. 11.
- 28 Hintergrundgespräch mit Vertretern der Fünften Flotte der US-Kriegsmarine in Manama, Bahrain.
- 30 Vgl. Hans Rühle: *Israelisch-indischer Kampf gegen islamische Bombe*, in: *Welt Online*, 24.11.2011, <<http://www.welt.de/politik/ausland/article13733510/Israelisch-indischer-Kampf-gegen-islamische-Bombe.html>>.
- 31 Vgl. Mangol Bayat-Philipp, *Die Beziehungen zwischen den USA und Iran seit 1953*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (B 9/2004), S. 29–38.
- 32 Vgl. James M. Lindsay, Ray Takeyh, *After Iran Gets the Bomb. Containment and Its Complications*, in: *Foreign Affairs*, März/April 2010.
- 33 Vgl. Frederick W. Kagan, *Deterrence Misapplied Challenges in Containing a Nuclear Iran* (CFR Working Paper), New York, NY, Mai 2010.

Die DGAP trägt mit wissenschaftlichen Untersuchungen und Veröffentlichungen zur Bewertung internationaler Entwicklungen und zur Diskussion hierüber bei. Die in den Veröffentlichungen geäußerten Meinungen sind die der Autoren.

Herausgeber:

Prof. Dr. Eberhard Sandschneider, Otto Wolff-Direktor des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. | Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin | Tel.: +49 (0)30 25 42 31-0 | Fax: +49 (0)30 25 42 31-16 | info@dgap.org | www.dgap.org | www.aussenpolitik.net
© 2012 DGAP